



Sozialistische
Jugend
Deutschlands –
Die Falken

**Kapitalismus einsparen!
Für Kinder und Jugendliche Perspektiven schaffen!**

**Resolution des Bundesvorstands der SJD – Die Falken
gegen das Sparprogramm der schwarz-gelben
Bundesregierung.**

Am 08. Juni 2010 stellte die Bundesregierung ihr neues Sparpaket vor. 80 Milliarden Euro sollen damit in den nächsten Jahren eingespart werden um den Haushalt zu sanieren. Die VerfasserInnen haben dem Papier den zynischen Titel gegeben: „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken – Acht Punkte für solide Finanzen, neues Wachstum und Beschäftigung und Vorfahrt für Bildung“.

Die Bundesregierung argumentiert mit vermeintlichen Sachzwängen und behauptet, das Paket müsse nicht diskutiert, sondern den BürgerInnen nur vernünftig erklärt werden. Bei genauerem Hinsehen wird schnell klar, wer wieder einmal die Leidtragenden dieser Politik sein werden. Millionen Menschen werden noch mehr von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzt und die Verarmung breiter Schichten nimmt kontinuierlich zu. Bereits heute sind viele Kinder und Jugendliche von Armut und dem Abbau der öffentlichen Infrastruktur direkt betroffen. 2,4 Millionen Kinder sind in Deutschland von Armut bedroht und ca. 900.000 Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren beziehen bereits heute Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV). Die Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung machen deutlich, dass immer mehr Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit genommen wird ein menschenwürdiges und materiell abgesichertes Leben zu führen. Die Vorschläge des Sparpakets verschlechtern die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen massiv.

Diese Politik vertritt nicht unsere Interessen!

Die Schwarz-Gelbe Bundesregierung verschärft die soziale Spaltung der Gesellschaft! 40 % der einzusparenden Kosten gehen zu Lasten der sozial benachteiligten Gruppen. Dabei verfügt die Hälfte der Bevölkerung über nicht einmal 4% des Gesamtvermögens in Deutschland, während 10% in dieser Gesellschaft mehr als 50% des Reichtums besitzen. Anstatt mehr Einnahmen erzielen zu wollen, setzt auch diese Regierung auf massive soziale Einschnitte und argumentiert damit, dass wir alle in diesen Zeiten auch bereit sein müssten, Verzicht zu üben und den Gürtel enger zu schnallen. Es ist bezeichnend, dass sich dies wie so oft nur auf die Rechte und den Geldbeutel von ArbeitnehmerInnen und sozial Benachteiligten bezieht, während Vermögende und Spitzenverdienende verschont bleiben:

So wird weder der Spitzensteuersatz angehoben, noch eine Vermögenssteuer eingeführt und auch eine höhere Besteuerung von großen Erbschaften steht nicht zur Diskussion. Dabei belegt selbst eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), dass die sozialen Gegensätze immer mehr zunehmen. Die soziale Spaltung der Gesellschaft scheint billigend in Kauf genommen zu werden und zur Legitimation dieser Entwicklung wird seit Jahren gezielt eine Diskussion über „Eliten“ geführt, um so die vorhandene Ungleichheit in der Gesellschaft zu legitimieren.

Besonders schmerzhaft ist jetzt der Wegfall des Elterngelds für EmpfängerInnen von ALG II Leistungen. Das verschärft die ohnehin schon prekäre Situation von Kindern und Jugendlichen aus so genannten „Hartz IV – Familien“. Der stärkere Anreiz zur Arbeit, von dem die VertreterInnen der schwarz-gelben Koalition sprechen, wenn sie soziale Leistungen für die Schwächsten in der Gesellschaft abschaffen, ist eine zynische Beleidigung der Betroffenen. Deutlich wird erneut, dass die Leidtragenden der weltweiten kapitalistischen Krise wieder einmal zur Kasse gebeten werden. Was sich im Einzelnen in dem Paket verbirgt ist ohne Beispiel in der Geschichte der Bundesrepublik:

- Für ALG II – EmpfängerInnen sollen keine Rentenversicherungsbeiträge mehr gezahlt werden!

- Das Elterngeld für ALG – EmpfängerInnen soll ebenso gestrichen werden wie der Zuschlag beim Übergang von ALG I zu ALG II.
- Viele der bisherigen Pflichtleistungen für Arbeitslose sollen in Ermessensleistungen umgewandelt werden – was der Willkür in den Arbeitsagenturen Raum gibt.

Das bedeutet, dass diejenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt sind, müssen die Folgen einer Krise zahlen, die sie nicht verursacht haben. Diese Regelungen treffen nicht nur Arbeitslose, sondern auch jene, deren Arbeitsentgelt nicht zum Leben reicht und deren karger Lohn mit ALG II – Leistungen aufgestockt werden muss. Dies betrifft insbesondere Frauen und MigrantInnen die als Teilzeitkräfte oft unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten. Familien und dementsprechend auch viele Kinder und Jugendliche werden in noch stärkere finanzielle Schwierigkeiten geraten. Hinzu kommt, dass unabhängig von den nun gestrichenen Leistungen weiterhin die strukturellen Rahmenbedingungen fehlen um Kindern und Jugendlichen den Übergang in ein unabhängiges Leben zu ermöglichen. Die fehlende individuelle und materielle Hilfe wird in ihren negativen Wirkungen durch die mangelnden Bildungs- und Partizipationsmöglichkeiten noch verstärkt.

Wider die kapitalistische Logik! – Solidarität statt Almosen!

Armut sägt an dem Fundament der Demokratie, durch Armut werden Menschen systematisch von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Unsere Demokratie benötigt aber mündige BürgerInnen, die an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen können und wollen. Dies setzt nicht zuletzt auch gesellschaftliche Bedingungen voraus, in denen die Menschen frei von materiellen Ängsten und Zwängen leben können und zu Bedingungen in denen sie die Möglichkeit haben sich wirklich zu beteiligen, sich frei zu bewegen, sich selbstbestimmt zu bilden und lohnarbeitsfreie Zeit zu haben. Viele Menschen können davon zurzeit nur träumen, denn von all diesen Aspekten sind sie heute strukturell ausgeschlossen und sie leben von der Hand in den Mund.

Eine solidarische und soziale Gesellschaft ist möglich. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist notwendig. Während etliche Milliarden Euro zur Bankenrettung und für Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Verfügung stehen, wird bei armen Familien und Erwerbslosen um jeden Cent gefeilscht.

Die Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen!

In jeder Diskussion betonen PolitikerInnen zurzeit, dass der Haushalt zu aller erst über die Ausgabenseite zu sanieren ist, Steuererhöhungen schließen sie aus. Ein Problem sind aber auch zu geringe Staatseinnahmen. Die öffentlichen Haushalte wurden über Jahre hinweg durch Steuergeschenke für Kapitalgesellschaften, Vermögende und hohe Einkommen belastet. Die effektive Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften in der BRD bewegt sich allenfalls im hinteren europäischen Mittelfeld. Unternehmen tragen heute nur noch einen Bruchteil zum gesamten Steueraufkommen bei. Gleichzeitig wurden zahlreiche wichtige soziale Errungenschaften in vorseilendem Gehorsam auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert.

Statt weiter auf Kosten derer zu sparen, die bereits heute von Armut und Ausgrenzung betroffen sind, wäre es erforderlich ein Steuersystem zu schaffen, das gesellschaftlichen Reichtum von Oben nach Unten umverteilt. Dazu ist ein Umdenken in den Köpfen der politisch Verantwortlichen notwendig. Es bringt nichts, dort zu sparen, wo nichts mehr zu sparen ist. Der gesellschaftliche Reichtum ist in den Händen weniger konzentriert. Dort liegt das Geld, das zur Finanzierung der gesellschaftlich

notwendigen Aufgaben eingetrieben werden muss. Die Erhöhung der Steuersätze für Spitzenverdienende, Vermögen, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und die Abschaffung der Bundeswehr sind an dieser Stelle nur einige Vorschläge um zur Sanierung der Staatsfinanzen beizutragen.

Zeit zum Umdenken: Armut bekämpfen, nicht die Armen!

An den Vorschlägen der Bundesregierung wird eines deutlich: Es geht ihr nicht darum Menschen zu unterstützen und gemeinsam eine gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft zu schaffen – es geht darum zu selektieren, die Eliten zu fördern und diejenigen, die unten sind auch weiterhin unten zu halten. Dies geht am leichtesten, wenn man schon Kindern und Jugendlichen die Möglichkeiten nimmt, sich eigenständig zu entwickeln, sowie autonom zu handeln und denken zu lernen.

Mitten im Europäischen Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden die Klassegegensätze verschärft. Dabei gibt es schon jetzt eine Armutsquote von 14% in diesem Land. Armut hat ihre Ursachen nicht in mangelnder Arbeitswilligkeit, sondern ist vielmehr eine Folge des kapitalistischen Systems, wer die Folgen davon in den Griff bekommen will sollte nicht auf Armutsverwaltung und Repression setzen, sondern auf eine soziale Sicherung, die allen von der Lohnarbeit ausgeschlossenen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht. Aber soziale Ausgrenzung und Armut umfassen mehr Faktoren als finanzielle Absicherung. Beide Phänomene haben ihre Ursachen in der Organisation dieser Gesellschaft. Die von vielen PolitikerInnen geforderte Eigenverantwortung ist Augenwischerei und hat nur symbolische Bedeutung. Sie vermittelt falsche Vorstellungen von den Ursachen der Krise. Dieses Verhältnis wird besonders deutlich an der Situation von Kindern und Jugendlichen, die in Abhängigkeiten und Armut verbleiben und zudem darauf gedrillt werden, gegeneinander statt miteinander zu agieren.

Kapitalismus einsparen! – Alternativen denken und leben!

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken lehnt das vorgelegte Sparpaket der Bundesregierung ab! Gemeinsam mit vielen anderen Menschen kämpfen wir für eine radikale Veränderung der bestehenden Verhältnisse hin zu mehr Gerechtigkeit und hin zu einer Welt, in der die Menschen füreinander Sorge tragen und nicht von herablassender Wohltätigkeit abhängig sind. Dieses Sparpaket ist nicht geeignet um die durch den Kapitalismus hervorgerufenen Probleme zu lösen. Darum wenden wir uns aktiv gegen diese Politik und wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften, mit Schülerinnen und Schülern, mit Auszubildenden und Studierenden und vielen anderen auf die unsozialen Folgen des Sparpakets aufmerksam machen und Widerstand leisten.

Wir sind keine TagträumerInnen – Kinder und Jugendliche wissen sehr genau, was sie wollen und brauchen. Eine andere Welt ist möglich und wir leben die Idee einer Gesellschaft der Freien und Gleichen in Solidarität schon jetzt in unseren Kinder- und Jugendgruppen, in unseren Zeltlagern oder bei internationalen Begegnungen. Wir möchten dazu beitragen allen Menschen ein schönes Leben zu ermöglichen und darum beugen wir uns den vermeintlichen Sachzwängen nicht. Lasst uns gemeinsam dafür sorgen, dass Kinder, Jugend, Soziales, Bildung und Kultur wieder den Stellenwert in dieser Gesellschaft einnehmen, den sie verdienen! Lasst uns ein Stein des Anstoßes sein und Teil einer breiten sozialen Bewegung gegen den Sozialabbau.